

Irrtümer der Vorsorge

Die Reform der AHV wird nicht ernsthaft genug angegangen. Die Autoren erläutern hier elf Denkfehler, die für künftige Generationen fatal sind.

Von Christoph A. Schaltegger und Patrick Leisibach

Der ehemalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker meinte vor einigen Jahren in einem Interview: «Die ganze Kunst der Politik besteht darin, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen.» In der aktuellen Rentendiskussion in den eidgenössischen Räten ist davon wenig zu spüren. Stattdessen wird mit Verweis auf Volkes Meinung an der Definition des Notwendigen geschraubt. Man verweist auf Umfragen und repetiert unbesehen Deutungen von Demoskopern. Unserer Ansicht nach gehören in diesem Zusammenhang elf Denkfehler auf eine schwarze Liste.

Denkfehler 1: «Es ist alles halb so schlimm – schon in der Vergangenheit waren die AHV-Szenarien oft zu pessimistisch.» — Der Trend ist eindeutig und sehr stabil: Die Lebenserwartung der 65-Jährigen stieg seit 1948 je nach Geschlecht um rund 7 bis 8,5 Jahre. Erhöht wurde das gesetzliche Rentenalter der Männer jedoch nie, dasjenige der Frauen sogar gesenkt. Bereits vor 2030 werden zwei Erwerbstätige (Vollzeitäquivalente) für einen Rentner aufkommen müssen. Beide Faktoren stellen ein umlagefinanziertes Rentensystem wie die AHV vor grosse finanzielle Herausforderungen. Szenarien beruhen immer auf bestimmten Annahmen und sind deshalb mit Unsicherheit behaftet. Die (inzwischen modifizierten) negativen AHV-Szenarien trafen erst mit Verzögerung ein, da Konjunktur und Zuwanderung lange Zeit unterschätzt wurden. Daraus zu schliessen, auch in Zukunft treffe das zu, ist unrealistisch oder brächte höchstens ein wenig Aufschub.

Denkfehler 2: «Ein AHV-Ausbau hilft den armen Alten und reduziert die Altersarmut.» — Eine AHV-Rentenerhöhung vergrössert nicht nur das Finanzloch zusätzlich, sondern verfehlt auch die beabsichtigte Wirkung. Für Leute mit tiefen Einkommen sind Rentenerhöhungen ein Negativspiel, da die Ergänzungsleistungen (EL) im selben Ausmass gekürzt werden, Renten im Gegensatz zu EL jedoch versteuert werden müssen. Zudem würden einige Rentner ihren EL-Anspruch (und die damit verbundene Mindesthöhe) sogar ganz verlieren. Ein AHV-Ausbau in dieser Form ist Placebo-Politik mit der Giesskanne und führt zu einer absurden Umverteilung von unten nach oben. Altersarmut konnte in der Schweiz – nicht zuletzt dank EL – praktisch ausgelöscht werden.



Renten stagnieren keineswegs.

Denkfehler 3: «Die AHV ist der zweiten Säule überlegen, weil das Zinsniveau noch lange niedrig bleiben wird.» — Es mag zutreffen, dass ein Lohnfranken im aktuellen Tiefzinsumfeld in der AHV effizienter eingesetzt ist als in der zweiten Säule. So ist ganz allgemein die interne Rendite eines Umlageverfahrens grösser, wenn das Lohnwachstum hoch ist, die Zinsen tief sind und mit dem Bevölkerungswachstum ein «biologischer Zins» wirkt. Rentenpolitik muss generationenübergreifend stabil sein. Es ist deshalb sinnvoll, die Risiken mittels unterschiedlicher Finanzierungsverfahren zu streuen. Wie lange die Tiefzinsphase noch anhalten wird, darüber streiten sich die Ökonomen. Auf ewig werden die Zinsen nicht bei null bleiben.

Denkfehler 4: «Es braucht keinen Interventionsmechanismus in der AHV. Die Politik kann die notwendigen Anpassungen selbst vornehmen.» — Rentenpolitik wirkt generationenübergreifend, wird aber im üblichen Kuhhandel innerhalb der heutigen Generationen betrieben. Der um Wählerstimmen besorgte Politiker hofft bei jeder Debatte aufs Neue, die nötigen Massnahmen liessen sich ein weiteres Mal auf später vertagen. Selbst wenn sich das aktuelle Parlament auf die nötigen Reformen einigen könnte, fehlte es den gegebenen Verspre-

chen an Glaubwürdigkeit. Spätestens beim nächsten Parlament wirken Anreize, die zuvor beschlossene Rentenpolitik wieder zur Disposition zu stellen und sich den Interessen bestimmter Gruppen zu beugen. Ökonomen sprechen in diesem Fall von «Zeitinkonsistenz». Heute optimale Politik fällt den politischen Anreizen von morgen zum Opfer. Gerade bei der AHV ist es deshalb zwangsläufig erforderlich, Regeln zu definieren, die Politiker an zeitkonsistentes Verhalten binden (Interventionsmechanismus).

Denkfehler 5: «Eine Schuldenbremse für die AHV lässt sich auch später noch verwirklichen.» — Das stimmt theoretisch, wird in der politischen Praxis aber zusehends schwieriger. Das Medianalter der Abstimmenden liegt aktuell bei rund 56 Jahren und steigt in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter. Die zunehmende «Gerontokratisierung» der Demokratie dürfte sich auf die Reformfähigkeit der Rentenpolitik kaum positiv auswirken. Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Umfrage von Avenir Suisse findet die AHV-Schuldenbremse bei den unter 45-Jährigen eine Mehrheit. Mit zunehmendem Alter sinkt die Zustimmung. Klar ist: Zuwarten schadet.

Denkfehler 6: «Die letzte AHV-Revision liegt zwei Jahrzehnte zurück. Seither wurden die

Renten nicht mehr erhöht. Eine Anpassung ist deshalb längst überfällig.» — Die Renten stagnieren keineswegs. Alle zwei Jahre werden sie an die Entwicklung der Löhne und der Teuerung angepasst. Wobei es korrekt «erhöht» heissen müsste, da die Renten 2017 sonst gekürzt würden. Weil die Löhne in der Vergangenheit stärker stiegen als die Preise, erhöhte sich auch die reale AHV-Rente über die Zeit. Die Kaufkraft bestehender Renten nahm zu. Bei Neurentnern hatte diese Entwicklung jedoch eine tiefere AHV-Ersatzrate (Lohnersatz durch Renten) zur Folge. Für den Gesamteffekt muss allerdings auch die gestiegene Lebenserwartung berücksichtigt werden. Laut Avenir Suisse stieg die gesamte AHV-Summe, die einem durchschnittlichen AHV-Rentner in seinem Rentnerleben ausbezahlt wird, zwischen 1980 und 2014 real um 57 Prozent (25 Prozent seit 1997). Auch eine längere Bezugsdauer bei gleichbleibender Beitragsdauer ist ein AHV-Ausbau, der finanziert werden muss.

Denkfehler 7: «Der Arbeitsmarkt ist für ein höheres Rentenalter gar nicht bereit – über 50-Jährige finden kaum mehr einen Job.» — Auf dem Schweizer Arbeitsmarkt herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Die hohen Zuwanderungszahlen zeugen von anhaltendem Personal-mangel. Es ist auch wissenschaftlich belegt, dass der Arbeitsmarkt ein schrittweise erhöhtes Rentenalter absorbieren kann. Die Arbeitslosenquote bei den über 55-Jährigen ist unterdurchschnittlich tief, die Erwerbsquote in den vergangenen Jahren markant gestiegen. Einzelfälle mögen vorkommen, an Evidenz für eine systematische Benachteiligung von älteren Arbeitnehmern fehlt es jedoch. Wenn in den nächsten Jahren die Babyboomer in Rente gehen und gleichzeitig die Zuwanderung restriktiver gestaltet wird, dürfte der Arbeitsmarkt zusehends austrocknen.

Denkfehler 8: «Längeres Arbeiten schafft Arbeitslosigkeit bei den Jungen.» — Diese Behauptung gleicht dem vorherigen Argument und ist nicht minder falsch. Wie so oft liegt die Ursache in einem fehlenden Verständnis für einfachste wirtschaftliche Zusammenhänge. Die Arbeitsmenge ist nicht fix gegeben, Arbeit ist keine Frage der simplen Verteilung. Wächst die Wirtschaft, steigt die Anzahl Arbeitsplätze. Eine höhere Anzahl Arbeitsplätze produziert mehr Güter und Dienstleistungen, zusätzliches Einkommen wird generiert. Als Folge steigt die Nachfrage und damit auch die Zahl der zusätzlich benötigten Arbeitskräfte. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eine hohe Erwerbsquote bei den Älteren mit einer hohen Erwerbsbeteiligung der Jungen einhergeht.

Denkfehler 9: «Die Menschen sind körperlich und geistig gar nicht in der Lage, mit über 65 zu arbeiten.» — Klar gibt es Berufsfelder, in denen man nicht ohne weiteres länger arbeiten

kann. Nichtsdestotrotz nimmt der Anteil der Beschäftigten, die ihr Brot mit harter körperlicher Arbeit verdienen, fortwährend ab. Im Durchschnitt lebt der Schweizer nicht nur länger, er ist auch länger gesund und arbeitsfähig. Ökonomen um Axel Börsch-Supan haben in einer Studie für Deutschland kürzlich berechnet, dass der Gesundheitszustand bei mindestens zwei Dritteln der Menschen eine Berufstätigkeit bis 70 Jahre erlauben würde. Zumindest Teile dieses grossen Potenzials gilt es, produktiv zum Wohle der Gesellschaft zu nutzen.

Denkfehler 10: «Die Produktivität sinkt mit zunehmendem Alter. Länger arbeiten macht deshalb keinen Sinn.» — Träfe dies wirklich zu, hätten die im demografischen Wandel begriffenen Gesellschaften ein ernsthaftes Problem. Aufgrund der alternden Erwerbsbevölkerung sänke die gesamtwirtschaftliche Produktivität und damit letztlich auch der Wohlstand. Glücklicherweise gibt es in der ökonomischen Literatur aber kaum Hinweise auf mit dem Alter sinkende Produktivitätsraten. Beobachtet wird einzig, dass die Produktivität ab einem gewissen Alter (ab 50 bis 55) oft nicht mehr weiter steigt.

Denkfehler 11: «Den jüngeren Generationen fehlt es an Solidarität – sie provozieren einen Generationenkonflikt.» — Auch die jüngeren Generationen sind bereit, sich solidarisch zu zeigen und ihren Teil zum Generationenvertrag beizutragen. Für sie ist es keine Frage der Solidarität, sondern der Nachhaltigkeit. Es stellt sich die Frage, ob sich die später einmal zu erwartenden Leistungen mit den eigenen Verdiensten in etwa die Waage halten. Um die Zukunftsaussichten der einbezahlten Beiträge steht es dabei nicht gut. Die Zahlen zeigen: Die heute in Rente gehende Generation profitiert von zu grosszügigen Leistungen, die langfristig ohne einschneidende Reformen nicht finanzierbar sind.

Angesichts der Faktenlage überrascht es nicht, dass die AHV-Schuldenbremse bei den jüngeren Generationen mehrheitlich Zustimmung findet. Dafür verantwortlich ist nicht etwa fehlende Solidarität, sondern ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Versprechungen in der Rentenpolitik. Mit einer Rentenreform ohne Schuldenbremse ist deshalb nicht viel zu gewinnen. Namentlich das Problem der Zeitinkonsistenz lässt sich nicht einfach mit einem Paket aus Vor- und Nachteilen für alle heute lebenden Generationen entschärfen.

Christoph A. Schaltegger ist Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern. Er lehrt auch an der Uni St. Gallen zum Thema öffentliche Finanzen.

Patrick Leisibach ist wissenschaftlicher Assistent an der Universität Luzern.

Unternehmen

Immer dicker

Börsenkotierte Firmen müssen beweglich bleiben.

Der Bundesrat hat kürzlich die Botschaft zur Revision des Aktienrechts verabschiedet und ans Parlament weitergegeben. Diese Revision dauert bereits neun Jahre und hat schon viele Kurven hinter sich. 2007 stand die Anpassung von Regeln zur Corporate Governance, zur Mitsprache der Aktionäre an der Generalversammlung, zur Rechnungslegung oder zu den Kapitalstrukturen im Vordergrund. Dann wurde die Minder-Initiative gegen die Abzockerei lanciert, und sofort stand die Aktienrechtsrevision im Bann der Lohnpolitik in Unternehmen. Nach der Annahme der Minder-Initiative sollen nun diese Regeln ins Aktienrecht überführt werden, aber mittlerweile hat das Geschlechterthema mit der Gleichstellungspolitik mehr Aufmerksamkeit erlangt.

Trotz ablehnender Stimmung in der Vernehmlassung hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga Mindestquoten für Frauen im Verwaltungsrat (30 Prozent) und in der Geschäftsleitung (20 Prozent) in den Vorschlag gepackt. Hinzu kommen Transparenzvorgaben für den Rohstoffsektor, und am Horizont des internationalen *soft law* zeichnen sich Richtlinien zu Nachhaltigkeit, Fairness im Handel und Ähnliches ab. Die Pflichthefte der börsenkotierten Aktiengesellschaften werden immer dicker, und viele fragen sich, ob solche Unternehmen noch beweglich und fit genug sind, um sich gegen schlankere, eigentümergeführte oder Private-Equity-finanzierte Typen wehren zu können.

Da fällt der Blick auf ein Forschungspapier der Wirtschaftswissenschaftler Kathleen Kale und René M. Stulz in der Reihe des amerikanischen National Bureau of Economic Research mit dem Titel «Ist die amerikanische kotierte Aktiengesellschaft in Schwierigkeiten?». Kale und Stulz schreiben kurz und bündig: «Alles in allem scheint es den kotierten Firmen an Ambitionen, richtigen Anreizen und Entfaltungsmöglichkeiten zu fehlen. Sie zahlen Kapital an die Aktionäre zurück und häufen bei sich Liquidität an, statt dass sie Geld aufnehmen, um mehr zu investieren.» Die zitierten Statistiken passen dazu. 2015 gab es in den USA nur noch halb so viele börsenkotierte Firmen (3766) wie zwanzig Jahre zuvor, und bei grösseren Gesellschaften dominieren im Aktionariat die institutionellen Investoren. *Beat Gygi*